halten. Die ruhige bestimmte Art seiner Leitung ist die selbstverständliche harmonische Ergänzung seines ausgezeichneten künstlerischen Geschmacks und berührt deshalb doppelt angenehm. Die Kapelle selbst steht an Leistungsfähigkeit auf sehr beachtlicher Höhe und hat den Vorzug eines restlosen gegenseitigen Verstehens und einer vollkommenen Ausgeglichenheit. Das Programm — 2 Abteilungen — barg manchen musikalischen Edelstein."

† **Die Kartoffelausfuhr aus Deutschland.** Gegenüber den in der letzten Zeit veröffentlichten wiederholten Meldungen über eine übermäßige Ausfuhr von Kartoffeln nach dem Auslande wird von zuständiger Seite bemerkt, daß die Ausfuhrbewilligungen für Kartoffeln gegenüber dem Vorjahre erheblich eingeschränkt worden sind. Die Ausfuhrbewilligung wird nur bei dem Vorliegen humanitärer Gründe erteilt. Im einzelnen ist folgende Ausfuhr bewilligt worden: Für Vorarlberg 40 000 Zentner, für Tirol 800 Waggons (ein Waggon zu etwa 250 Zentner) und für Deutschösterreich 400 Waggons. Diese bewilligten Mengen sind bis heute noch nicht in vollem Umfange ausgeführt worden.

† **Geldstrafe für verbotenes Rauchen auf der Eisenbahn.** Die Reichseisenbahn führt zum 1. April für verbotenes Rauchen auf der Eisenbahn eine Geldstrafe ein. In Nichtraucher- und Frauenabteilen darf selbst mit Zustimmung der Mitreisenden nicht geraucht werden. Auch dürfen solche Abteile und die Seitengänge der Wagen, in denen das Rauchen untersagt ist, nicht mit brennenden Zigarren, Zigaretten oder Tabakpfeifen betreten werden. Wer diesem Verbote zuwiderhandelt, wird mit einer Geldstrafe von 20 Mark belegt. Dieselbe Strafe haben auch Personen zu erwarten, die in Warteräumen rauchen, die ausdrücklich für Nichtraucher bestimmt sind. Mit dieser Maßnahme eröffnet sich für die Reichseisenbahn-Verwaltung jedenfalls eine sehr ergiebige Einnahmequelle.

† **Ehemalige 181er!** Am 30. September und 1. Oktober 1922 findet in Chemnitz der erste Regimentstag des ehemaligen Inf.-Reg. 181 statt. Für den Verlauf ist u. a. folgendes in Aussicht genommen: Weihe des Ehrenmals und Gedächtnisfeier für die Gefallenen, Festkommers, Kompanie-Abend in Kompanie-Standquartieren. Alle 181er werden gebeten, ihr Erscheinen zum Regimentstag unter Angabe der Kompanie-Zugehörigkeit an Herrn Moritz Wagner, Chemnitz, Markt 11 (Telephon 6268), mitzuteilen.

† **Das Ende der Kälteperiode?** Der polare Luftstrom, der uns die Kälte der letzten Tage gebracht hat, ist bis zu den Alpen vorgedrungen. Er war aber nicht mächtig genug, sie zu überschreiten. Seine Höhe kann aus Beobachtungen der alpinen Gipfelstationen zu etwas mehr als 2500 Metern abgeschätzt werden. Meldet doch der Säntis (2500 Meter Höhe) Ostwind und 10 Grad Kälte, die um etwa 500 Meter höhere Zugspitze dagegen Südwind und nur 7 Grad Kälte. Ihr Gipfel liegt also, ebenso wie der Sonnblick (3100 Meter), in dem warmen Luftstrom, der von Süden her über der polaren Luftmasse weht. Italien ist demnach durch den Alpenkomplex wie durch einen Wall vor der Ueberflutung mit kalten Luftmassen geschützt worden. Die Zufuhr polarer Luft ist jetzt aber durch einen warmen, vom Atlantischen Ozean über Schweden hereinbrechenden Weststrom abgeschnitten. Es steht auch für unsere Gegenden eine Verdrängung der kalten Luft durch einen warmen südwestlichen Luftstrom bevor, bei dessen Eintreffen mit einem vollständigen Wetterumschlag zu rechnen ist, der mit Niederschlag beginnen und uns darauf eine beträchtliche Erwärmung bringen wird.

† **Ein Mittel gegen die Fäulnis der Kartoffeln.** Die Kartoffelfäulnis wird durch einen Pilz, den „Phitophtora infestans" hervorgerufen, der besonders an feuchten Orten außerordentlich gedeiht. Man muß deshalb Sorge tragen, daß die Kartoffeln möglichst trocken lagern. Am zweckmäßigsten geschieht dies zwischen Lattengestellen, allenfalls genügen auch Kisten mit großen Löchern in den Wänden und im Boden, den man vorteilhaft erst mit einer Lage kleiner Steine bedeckt. Zwischen die Kartoffeln streut man etwas Schwefelpulver in Menge von etwa 10 Gramm auf einen Zentner. Dieses Mittel verbürge sicheren Erfolg, vorausgesetzt, daß der Lagerraum nicht feucht ist. Durch das einfache Verfahren kann man großen Verlusten entgehen.

† **Ebersdorf.** Der seit 41 Jahren wirkende Frauenverein hat in seiner letzten Monatssitzung wiederum Neuaufnahmen erledigt. Binnen weniger Wochen nahm er 20 neue Mitglieder auf, sodaß er jetzt auf einen Mitgliederstand von 160 blicken kann. Die Jahressteuer der Mitglieder wurde von 6 auf 10 Mark erhöht. Den Ortsarmen kann daher eine erhöhte Fürsorge gewidmet werden. — Am vorigen Sonntag wurden beim Gottesdienst in der Stiftskirche nach einer von Herrn Pastor Warnecker gehaltenen Predigt, in welcher er das bevorstehende Inkrafttreten der neuen Kirchgemeindeordnung als wichtigen Markstein in der Entwicklung unseres kirchlichen Lebens kennzeichnete, die gewählten oder berufenen Mitglieder der neuen Kirchgemeindevertretung der Parochie Chemnitz-Ebersdorf mit Lichtenwalde durch Stiftspfarrer Jähing, nach einer die Pflichten und Aufgaben ihres Amtes darlegenden Ansprache, feierlich in Pflicht genommen und in ihr Amt eingewiesen. Es sind aus Chemnitz-Ebersdorf die Herren Schlosser Arlt, Eisenbahnsekretär Donner, Gutsbesitzer Robert Eckert, Freigutsbesitzer Graf, Postmeister Hager, Gutsbesitzer Höppner, Kantor Heinze, Joachim, Werkmeister Kaltofen, Schneidermeister Kirbach, Bäckermeister Leichsenring, Bäckermeister Liebers, [illegible] Metz, Lehrer Pöllmann, Wirtschaftsbesitzer Schiefer, sowie von Damen Schuldirektors-Ehegattin Emma Fitte und Fleischermeisters-Witwe Anna [illegible] und aus Lichtenwalde die Herren Privatmann Fischer, Schmiedemeister Hofmann, Materialwarenhändler [illegible] und Gemeindevorstand Reichstein. Hierauf erfolgte, ebenfalls noch im Rahmen dieses Gottesdienstes, die feierliche Verabschiedung des Kantors, Herrn Oberlehrers Heinze, der nach [illegible]jährigem Kirchen- und Schuldienst sein Amt niederlegt und in den Ruhestand tritt. Er war Kirchschullehrer erst in Kleinröhrsdorf bei Radeberg, dann in Mahra bei Borna und seit 1890 in Ebersdorf, hier zugleich Schulkantor in Lichtenwalde. In längerer Ansprache richtete Stiftspfarrer Jähing an den Scheidenden herzliche Worte des Dankes und der Anerkennung für alles, was [illegible] Heinze in dieser 32jährigen hiesigen Amtstätigkeit [illegible] persönlich, wie der ganzen Kirchgemeinde [illegible] für die Treue und Hingebung, mit [illegible] seines Dienstes gewaltet, und überreichte [illegible] während des Gottesdienstes eingegangen war und Herrn Heinze sogleich nach demselben [illegible]

Aus dem Frankenberger Stadtparlament

Die Friedhofsarbeiten in städtischer Verwaltung — Die Besoldung der städtischen Beamten

Die am Montag im Sitzungssaal des Rathauses abgehaltene Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums beschäftigte sich zunächst mit der

Uebernahme der gesamten Friedhofsarbeiten in städtische Verwaltung

Referent hierzu war Stv. Metzler, der nach einer eingehenden Schilderung der jetzigen Verhältnisse des Friedhofspersonals zur Stadt besonders darauf hinwies, daß mit der Uebernahme der gesamten Friedhofsarbeiten in städtische Verwaltung durchaus keine Verstadtlichung des Friedhofes oder gar die Einführung eines städtischen Bestattungswesens verbunden sei. Es handelt sich lediglich darum, die gesamten Friedhofsarbeiten in städtische Verwaltung zu übernehmen, wodurch das gesamte Friedhofspersonal in städtische Dienste tritt. Der Friedhofsausschuß, der sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt hat, befürwortete diese Uebernahme als zeitgemäßes Erfordernis. Der Rat hat die Vorlage mit 8 gegen 3 Stimmen angenommen. Stv. Metzler empfahl die Zustimmung des Kollegiums, die ebenso ohne Aussprache gegeben wurde, wie die Zustimmung zu der

Erhöhung der Gebühren für den Friedhofs-Verwalter

für die Leichenträger, Leichenfrauen usw. Die Erhöhung beträgt durchschnittlich 50 Prozent der jetzigen Sätze.

Längere Zeit verweilte das Kollegium danach bei den neuen

Besoldungsvorschriften der städtischen Beamten,

die Stv. Köhler näher erläuterte. Nach der gedruckt vorliegenden Aufstellung erfordern die Gehälter eine jährliche Ausgabe von 3 270 630 Mk., dazu kommt noch ein Betrag von 209 000 Mk. als Erhöhung des Ausgleichszuschlags nach der Ministerialverordnung vom 27. Januar 1922 für 84 Beamte, 1 Militäranwärter und 10 Hilfsarbeiter je 2000 Mk. und 10 Beamtenanwärter je 1900 Mk. Weiterhin erhöht sich die Endsumme noch durch erhöhte Lohnzahlungen infolge Einreihung Frankenbergs in Ortsklasse B. Persönlich bemerkte Stv. Köhler, daß ihm in den Anstellungsbedingungen der § 11 nicht gefällt, der von den Ueberstunden redet. Ueberstunden müßten nach Möglichkeit vermieden werden, auf keinen Fall dürfe aber der Gedanke aufkommen, daß die Beamten am Tage sich Arbeit für die Ueberstunden aufheben, die sie dann bezahlt bekämen. Jetzt könne man beobachten, daß die Ueberstunden chronisch seien. Wenn in zwei Monaten an acht Beamte die Summe von 25 000 Mk. für Ueberstunden gezahlt worden sei, so wäre das ein unhaltbarer Zustand. (Hierzu erhalten wir von dem Vertreter der Beamten, Obersekretär Schuster, folgende Mitteilung: „In der gestrigen Stadtv.-Sitzung hat Herr Stv. Köhler geäußert, daß innerhalb zweier Monate an städt. Beamte 25 000 Mk. Ueberstundengelder gezahlt worden sind. Dies trifft nicht ganz zu. Der genannte Betrag muß etwa 20 000 heißen und erstreckt sich auf das ganze Rechnungsjahr 1921/22 und ist hauptsächlich an die Beamten und Angestellten in der Steuereinnahme gezahlt worden. Zum größten Teile werden die Ueberstundengelder vom Reiche erstattet." — D. Red.). Auf die Besoldungszahlen eingehend, erklärte Stv. Köhler, daß man im Kassenausschuß jeden einzelnen Posten genau besprochen habe und die vorgeschlagene Einreihung der Beamten in die verschiedenen Gruppen anerkannt habe. Man habe es dabei aber auch bedauert, einzelne Beamte der Gruppe III nicht in Klasse IV nehmen zu können; gesetzliche Bestimmungen ließen dies jedoch nicht zu. Im übrigen empfahl der Redner aber die Zustimmung zu der Vorlage.

Stv. Dr. Schab betonte, daß andere Beamtenkreise in Frankenberg der Ansicht seien, daß sich eine Anzahl städtische Beamte überreiht hätten. So ständen z. B. die Beamten der Justiz, Post und Zollamt durchschnittlich eine Gehaltsklasse tiefer als die städtischen Beamten. Der Bürgermeister z. B. stehe in der Klasse der Kreishauptleute, die beiden Stadträte in der Klasse der Amtshauptmänner, in Klasse 10 ständen beim Staate die Beamten mit Universitätsbildung, bis zu den mittleren Beamtenklassen sei eine Ueberreihung festzustellen, was bei den Beamten anderer Behörden eine gewisse Unzufriedenheit hervorgerufen habe.

Der zur Verhandlung mit hinzugezogene Beamtenvertreter Obersekretär Schuster verteidigte in längeren Ausführungen die Vorlage und erläuterte insbesondere den Aufgabenkreis der Gemeindebeamten, der ein ganz anderer sei als der des Staatsbeamten, dem wieder ganz andere Aufstiegsmöglichkeiten geboten seien wie dem Gemeindebeamten. Die Selbstverwaltung der Gemeinden bedinge eine größere Selbständigkeit von dem Beamten, der demzufolge auch eine große Verantwortung trage. Nur die Wertung der Leistung und die Verantwortung könne für die Einreihung in Frage kommen, von einer Ueberreihung könne gar keine Rede sein, die Kreishauptleute und Amtshauptmänner ständen in einer besonderen Besoldungsgruppe.

Vorsteher Sittig bemängelt, daß in der Vorlage den mittleren und unteren Beamten durchaus keine Gerechtigkeit widerfahren wäre. Gerade bei den unteren Beamten seien Gehaltssätze angesetzt, die kaum als Existenzminimum angesehen werden könnten.

Stv. Berthold äußert als Mitglied des Kassenausschusses, daß man auch dort manche Mängel an der Vorlage gerügt habe. So sei es z. B. eine Ungerechtigkeit, wenn ein Straßenwärter 30 000 Mk. und ein Polizeiwachtmeister nur 20—25 000 Mk. Einkommen habe. Da es sich aber um reichsgesetzliche Vorschriften handele, müsse man zustimmen.

Stv. Bezold führt aus, man müsse die Vorlage, da sie von oben käme, eben schlucken. Ueberruppierungen könnte er nur in der höchsten Gruppe finden, in den oberen, mittleren und unteren Gruppen nicht. Es sei ein Skandal, daß den Gemeinden vom Reiche eine solche Vorlage aufgezwungen werde, die Väter dieser Bestimmungen hätten nicht das geringste soziale Verständnis bewiesen.

Stv. Metzler kommt auf die Ueberstundenfrage zu sprechen, die eben durch den angegriffenen § 11 geregelt werden solle.

Im Laufe der weiteren Aussprache fragt Stv. Biepenbreyer an, auf wieviel Beamte ein Lehrling komme, es wäre geradezu grauenhaft, wieviele Anwärter im Rathaus herumliefen.

Obersekretär Schuster erklärt, daß die Stadt 35 Verwaltungsbeamte, 5 Beamtenanwärter und 19 Beamtenanwärter im Vorbereitungsdienst beschäftige, einschließlich der Werke seien es 78 Personen.

Stv. Berg bezweifelt, daß die Stadt in Zukunft die Belastung durch die Beamtengehälter tragen könne. Man müsse eben nur außerordentlich tüchtige Leute beschäftigen, diesen durch anständige Bezahlung eine Lebensmöglichkeit gewähren und alles Ueberflüssige entlassen. Er habe sich sagen lassen, daß es nicht nötig sei, daß eine Stadt wie Frankenberg zwei besoldete Stadträte habe.

Vorsteher Sittig bittet, diese Fragen bei der Haushaltplanberatung zu erörtern.

Nach weiterer Aussprache wird die Vorlage in der vorliegenden Form einstimmig angenommen.

(Fortsetzung des Berichtes morgen.) K. Lgt.

werden konnte. — Die dankbare Wertschätzung der Gemeinde wird dem treuverdienten Manne immer erhalten bleiben. Möge ihm durch Gottes Güte noch ein langer heiterer Lebensabend beschieden sein! Zu seinem Nachfolger wurde Herr Lehrer Arthur Joachim in Chemnitz-Ebersdorf erwählt, der nächsten Sonntag beim Vormittagsgottesdienst in sein Kantorenamt eingewiesen werden soll. Die beiden feierlichen Akte des Gottesdienstes wurden durch musikalische Darbietungen verschönt, für welche insbesondere dem rührigen Chorgesangverein und Herrn Georg Metz zu danken ist.

— **Leipzig.** Zum Gedächtnis Friedrich Naumanns wurde am Sonntag in Störmthal bei Leipzig am Pfarrhaus, in dem er am 25. März 1860 geboren wurde, eine von seinen Freunden gestiftete Gedenktafel mit einer schlichten Feier in Anwesenheit der Gattin und anderer Familienmitglieder des Verstorbenen eingeweiht und der Gemeinde Störmthal übergeben. Gedächtnisreden hielten Dr. Theodor Heuß, Berlin, und Reichstagsabgeordneter Geheimrat Prof. Dr. Götz, Leipzig. — Zwei Jahre Zuchthaus unschuldig verbüßt. Der Former Ludwig Willi Uhl aus Thekla war vor zwei Jahren wegen Teilnahme an einem Einbruch in das Konfektionsgeschäft von Heinau in der Wurzener Straße zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Jetzt wurde er im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, da eine Reihe von Zeugen, die im Prozeß ihn schwer belastet hatten, ihre Aussagen nicht mehr aufrecht erhalten konnten. Da er auch nachweisen konnte, daß er zur Zeit des Einbruchs tatsächlich krank war, wurde er wegen mangelnden Beweises freigesprochen.

— **Burgstädt.** Zum Vorstand des hiesigen Amtsgerichts wurde anstelle des in den Ruhestand übertretenden Amtsgerichtsdirektors Ebert der seit einer längeren Reihe von Jahren schon hier wirkende, aus Frankenberg stammende Amtsgerichtsrat Dr. Max Roßbach ernannt.

— **Schönau.** Für den Gemeinderat der Gemeinden Schönau-Neustadt wurden am Sonntag die Gemeinderatswahlen vorgenommen, an denen sich 70 Prozent der Wähler beteiligten. Auf Liste I (Soz.) entfielen 1000 Stimmen (7 Sitze), Liste II (Kommunisten) 676 Stimmen (4 Sitze) und Liste III (Bürgerliche) 1089 Stimmen (8 Sitze).

— **Siegmar.** [illegible] Reichenbrand und Rabenstein, [illegible] ist ein Verschmelzungsverfahren [illegible] Sonntag die Wahl [illegible] 1054 Stimmen, Liste III [illegible] 874 Stimmen und Liste IV [illegible] 819 Stimmen. [illegible] einigt. Es entfallen somit auf die beiden [illegible]bünde je 4 Sitze, die Sozialdemokraten 7 und die Kommunisten 5 Sitze. Bei der Wahl wurden ungefähr 25 Prozent Nichtwähler gezählt.

— **Lugau.** Am Sonnabend abend stürzte sich der 22 Jahre alte Bergarbeiter Böttcher aus Gersdorf in den 400 Meter tiefen Gottessegen-Schacht. Der Lebensmüde war sofort tot. Die Ursache zu diesem Schritt ist unbekannt.

— **Roßwein.** Die Roßweiner Landsmannschaften zu Chemnitz, Dresden und Leipzig haben Erörterungen wegen Veranstaltung eines zweiten Heimatfestes in ihrer Vaterstadt angestellt; das erste wurde hier im Jahre 1898 abgehalten.

— **Döbeln.** Bei der am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl würden die Bürgerlichen eine kleine Mehrheit erhalten haben, wenn nicht drei einverleibte Vororte mit zu wählen gehabt hätten. Sie gewannen 2 Sitze. Die gemäßigten Sozialdemokraten büßten 4 Sitze ein. Die USP. verloren ein Viertel ihrer Stimmen, die Kommunisten gewannen 3 Sitze. Zur Wahl standen 7 Listen. Es erhielten die Kommunisten 1420 Stimmen (5 Sitze), die USP. 638 Stimmen (2 Sitze), die Mehrheitssozialdemokraten 2912 Stimmen (9 Sitze), die Kriegsbeschädigten 522 Stimmen (1 Sitz), die vereinigten Bürgerlichen 2091 Stimmen (6 Sitze), die Hausbesitzer 1293 Stimmen (4 Sitze), die Beamten und Festbesoldeten 1390 Stimmen (4 Sitze). Bei der Wahl vor drei Jahren erhielten die vereinigten Sozialdemokraten 16 Sitze, die Bürgerlichen 14.

— **Niedersedlitz.** Der Beamtenausschuß hat dem hiesigen Gemeinderat ein Schreiben übermittelt, in welchem er erklärt, daß die Gemeindebeamten im dienstlichen wie außerdienstlichen Verkehr keinen Wert auf die gesetzlichen Amtsbezeichnungen legen, vielmehr wünschen, mit ihrem Familiennamen angesprochen zu werden.

Vermischtes

* **Folgenschwere Güterzugentgleisung.** Bei [illegible] entgleiste vor dem Bahnhof [illegible] ein Güterzug. Die Lokomotive stürzte die Böschung hinunter und sämtliche Wagen entgleisten. Die Strecke ist dadurch gesperrt. Vom Zugpersonal wurden drei Beamte erheblich verletzt und mußten dem Krankenhaus in [illegible] zugeführt werden. Der Schaden an Material und Gütern ist bedeutend.

* **[illegible] in München.** Am Sonntag früh wurde München von einem Riesenbrand in Aufregung versetzt. In der Packhalle der „Löwenbrauerei" in München war ein Brand ausgebrochen, der [illegible] die Packhalle und das Kistenlager ergriff [illegible] auch die Flaschenkellerei wie die Packhalle [illegible] gefährdete. Die Gebäude [illegible] ausgebrannt. Hunderttausende [illegible] Flaschen und ein großer Teil [illegible] wurden vernichtet. Die gesamte [illegible]feuerwehr und die aufgebotene Freiwillige Feuerwehr waren mit zwölf Motorspritzen am Platz, von denen sieben mit 28 Schlauchleitungen das Feuer 4½ Stunden bekämpften. Es war der größte Brand, den München seit Jahrzehnten gehabt hat.

* **Der Tod in der Badewanne.** Wie aus Hirschberg (Schlesien) gemeldet wird, wurden im Bahnhof Petersdorf im Baderaum die 14 Jahre alten Töchter des Rottenaufsehers Sturm und des Glasschleifermeisters Kastner tot aufgefunden. Die beiden Mädchen hatten gebadet und sind dabei wahrscheinlich durch den Wasserdampf betäubt, mit dem Kopf ins Wasser gefallen und ertrunken.

* **Eine Weltzeitung.** Anläßlich der Konferenz in Genua beabsichtigt man dort, wie italienische Blätter berichten, eine Zeitung herauszugeben, die in fünf Sprachen erscheinen soll, nämlich englisch, französisch, italienisch, deutsch und russisch. Sie soll von einem internationalen Redaktionskomitee geleitet werden und über jede Staats- und Nationalitätspolitik erhaben, die Weltdinge so objektiv betrachten, wie es der Vorteil Europas verlangt. Bisher ist nur bestimmt, wer den italienischen Teil redigieren wird. Kein Geringerer nämlich als Francesco Nitti, der frühere italienische Ministerpräsident. Die Zeitung soll länger erscheinen, als die Konferenz dauern wird. Wenn sich den Projektanten finanzielle Hilfe bieten wird, so will man das Blatt ständig herausgeben.

* **Im Eise.** Im Rigaischen Meerbusen liegen seit einiger Zeit vier deutsche Handelsschiffe im Eise, aus dem sie sich infolge des starken Frostes der letzten Wochen nicht befreien können. Wie uns aus Riga gemeldet wird, unternahmen lettische Militärflieger in diesen Tagen auf zwei Flugzeugen den Flug über den Meerbusen, um das Schicksal der Schiffe zu erkunden. In der Gegend von Kap Domesnaes entdeckten sie drei Schiffe, deren Mannschaft eine Verbindung mit der Küste nicht herstellen können und infolgedessen sich in äußerst schwerer Lage befinden. Die lettischen Flieger warfen zwei Säcke mit Brot ab, die auf das Eis fielen und von den Seeleuten aufgenommen wurden. Wie wir hören, bereitet die deutsche Regierung eine Expedition vor, um die Dampfer mit Hilfe eines Kriegsschiffes aus ihrer Not zu befreien.

* **Typhus und Cholera in Rußland.** Der Präsident der ukrainischen Sowjetrepublik, Rakowski, der sich als Delegierter nach Genua begibt, hat sich während seines Aufenthaltes in Berlin im Verlaufe einer Unterredung mit einem Vertreter der „Voss. Ztg." über den Umfang der in Rußland herrschenden Epidemien geäußert. Er sagte, daß der Typhus etwa 10 Millionen Einwohner hinweggerafft habe. Infolge der Hungersnot hätten die Epidemien, die im Winter 1920/21 etwas eingedämmt worden waren, größeren Umfang angenommen. Gleichzeitig mit Typhus sei Cholera aufgetaucht. Zur Bekämpfung der Seuchen fehle es vor allem an Arzneien, Verpflegungsmitteln und Instrumenten.

* **Eine wandernde Stadt.** Wie aus Amerika berichtet wird, befinden sich die Bewohner von Cedar Falls in großer Aufregung, weil ihre auf einem Hügel gebaute Stadt gegen einen benachbarten See zuzurutschen beginnt. Wenn dieses Rutschen, das bereits 11 Fuß erreicht, andauert, werden sie zum Verlassen der Stadt genötigt sein. Alle Teile der Stadt bewegen sich gleichzeitig in derselben Richtung. Außer einigen zerbrochenen Fensterscheiben ist bis jetzt aber noch kein Materialschaden entstanden.

Mitteilungen des Standesamtes Frankenberg
auf die Zeit vom 11. bis 24. März 1922

A) Geburten: 8 und zwar 3 Knaben und 5 Mädchen.
B) Sterbefälle: 6 und zwar 3 männl. und 3 weibl.
C) Eheaufgebote: 11.
D) Eheschließungen: 7.

Nach Redaktionsschluß eingegangene Meldungen

Die Ansicht der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 28. 3. Die Besprechungen der Deutschen Volkspartei-Fraktion sollen am heutigen Dienstag Vormittag fortgesetzt werden. Die Ansicht der Fraktion geht übereinstimmend dahin, daß die Note Forderungen an uns stellt, die durchaus unerfüllbar sind und mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden müssen. Für die weitere Haltung der Fraktion wird entscheidend sein, ob die Regierung unnachgiebig und fest bleibt und sich auf Verhandlungen nicht einläßt, die doch schließlich zu unmöglichen Zugeständnissen führen werden.

Der voraussichtliche Verlauf der heutigen Reichstagssitzung.

Berlin, 28. 3. Die heutige Vollsitzung des Reichstages beginnt um 2 Uhr. Ob auch Dr. Rathenau heute schon oder erst im Laufe der Debatte das Wort ergreifen wird, ist wieder zweifelhaft geworden. Die Kompromißparteien werden voraussichtlich keine gemeinsame Erklärung zu der Reparationsnote abgeben, sondern einzeln dazu Stellung nehmen.

Anerkennung der albanischen Regierung durch Jugo-Slawien.

Belgrad, 28. 3. Der gestrige Ministerrat faßte den Beschluß, die Unabhängigkeit Albaniens sowie die jetzige Regierung daselbst anzuerkennen. Der diplomatische Vertreter des Königreiches Serbien bei der albanischen Regierung, [illegible], erhielt den Auftrag, sich sogleich auf seinen Posten zu begeben.

Die Verhandlungen über den Bau der Adriabahn.

Belgrad, 28. 3. Ein Ministerkonseil beschäftigte sich mit dem Auftrage des amerikanischen Konsortiums, betreffend den Bau der Adriabahn. Das Komitee entschied sich dahin, daß der Vorschlag des amerikanischen Banken-Konsortiums für weitere Verhandlungen angenommen werden könne. Der gestrige Ministerrat hat diese Entscheidung genehmigt und der Finanzminister hat bereits den Vertretern der amerikanischen Banken diese Antwort übermittelt.

SLUB
Wir führen Wissen.